

Der Palermo-Brief

-Ministerpräsident Wulff -Nds.-

Günter E. Völker

www.bohrwurm.net - C4.1.0.- 8.1

26419 Sillenstede , den 11.09.2007

Osterpiep 4 Tel. 04423/6798 Fax 98 95 53

Offener Brief

Fax an 0511-120-99 69 66

Herrn **Christian Wulff** persönlich

Staatskanzlei

Planckstraße 2

30169 Hannover

zur Kenntnisnahme

an die Fraktionen d. Nds. Landtages: Fax 0511-

CDU - Herrn David Mc Allister 3030-4851

SPD - Herrn Wolfgang Jüttner 3030-3833

Grüne - Herrn Prof. H.-Albert Lennartz 329829

FDP - Herrn Dr. Philipp Rösler 3030-4863

Betr.: Landesweites Bank- Immobilien-Vollstreckungs-Verbrechensnetzwerk Landessparkasse zu Oldenburg in Zusammenarbeit mit Richtern des LG und OLG Oldenburg, Ltd. Oberstaatsanwalt der StA Oldenburg und Generalstaatsanwalt Oldenburg sowie der Notarkammer Oldenburg

hier: **Judikativ- bankergesteuert und politgedecktes Rechtsbeuge-Netzwerk seit 1962**

Bezug: Meine Unterrichtung an Sie vom 11.11.2005 II wegen illegaler Zwangsversteigerungen nach NS- Recht §16 II LzO-Gesetz v. 3.7.1933 durch die Landessparkasse zu Oldenburg im Verbund Richter-Notare-Bank

Anlage: 1. Strafanzeige gegen den Landgerichtspräsidenten Oldenburg u.a. vom 1.8.2007 (x)
2. Mitteilung eins Bürgers vom 18.04.2007 über rechtlose Zustände Oldenburg (X)
3. Auszug aus der VO vom 3.12.38 über den "Einsatz des jüdischen Vermögens" (X)

Sehr geehrter Herr Wulff,

ich beziehe mich auf meine o.a. Nachricht vom 11.11.2005 und teile mit, daß wir es nach nunmehr gesicherter Erkenntnis mit einem staatsorganisierten Verbrechenssyndikat zu tun haben, bei dem die LzO , abgesprachen mit eingeweihten Richtern (6.Ziv.Kammer LG Oldenburg und 6.Senat OLG Oldenburg nebst den Vollstreckungsrichtern vor Ort) heimlich nach NS-Recht in die Vermögen der Kunden vollstreckt. Ich weise darauf hin, daß Ihr Parteikamerad Möllring persönlich integraler Bestandteil des Verbrechensnetzwerkes ist, da er mit dem Kopf der LzO, dem Vorstandsvorsitzer Martin Grapentin, zusammen im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank sitzt und aktiv zur Täuschung der Vollstreckungsoffer ungültige Verordnungsblätter aus 1962 versendet mit der täuschenden Behauptung, es sei gültiges Recht, daß nach NS-Recht § 16 II des LzO-Gesetzes von 1933 (extra von den Nazis für den LzO-Vorstand ins Gesetz aufgenommen) ohne gerichtliche Prüfung die LzO in die Immobilien und sonstiges Vermögen der Kunden vollstreckt.

Der Herr behauptet, danach sei es geltendes Recht, daß der Antrag des Sparkassen-Vorstandes auf Vollstreckung ein gerichtliches vollstreckbares Urteil ersetzt, und Millionen Kunden ohne ihr Wissen heimlich der "sofortigen Vollstreckung" unterworfen werden. Vermutlich sind Millionenschäden zu beklagen. Zur Zt. wird durch Richter beim 6. Ziv..Senat OLG Oldenburg (Richterin Weber, Richter Dr. Rieckhoff) im Rahmen dieses Syndikats der Immobilienraub zum Nachteil der Familie Knödel aus Schortens auf der Basis von offener Rechtsbeugung in Zusammenarbeit mit dem Landgerichtspräsidenten Gernot Schubert durchgepeitscht, indem syndikatseinheitlich

ohne jede Begründung das NS-Recht als "geltend" bezeichnet wird, und das tatsächlich geltende Recht begründungslos weggelassen wird. Die Vorgänge sind in der Tat nicht mehr vorstellbar.

Um die Methoden und die nackte Gewaltwillkür sowie das extreme Ausmaß an Täuschen Deckeln und Beugen der hier involvierten einzelnen Richter darzulegen, mit denen gegen das Eigentum der Bürger schlicht rücksichts- und skrupellos vorgegangen wird, erhalten Sie hier die o.a. Strafanzeige mit dem Hinweis z.Ktn., daß in Oldenburg i.O. die Staatsanwälte, syndikatsabgestimmt, einstweilen regelrecht bandenmäßig jede Strafanzeige abweisen und nun bereits dazu übergehen mitzuteilen, daß sie gar nicht erst mehr ermitteln. Die Vollstreckungsoffer sind jeglichen staatlichen Schutzes mit Methode entkleidet. Ihre Parteikameradin Heister-Neumann aus/in der Norddeutschen Landesbank deckt diese Verbrechen durchgängig, indem sie gar nicht erst antwortet und schon gar nichts unternimmt, um rechtsstaatliche Zustände wiederherzustellen. Letztmalig hatten wir vermutlich ähnliche Zustände zur Zeit der VO vom 3.12.1938 über den "Einsatz des jüdischen Vermögens" . §1 und §6 sind hier auszugsweise beigefügt, damit ihnen klar wird, was Sie da eigentlich ebenfalls bisher decken. Die Mitteilung eines Bürgers über diese Zustände (Falko Janßen aus Oldenburg vom 18.04.2007) füge ich hier ebenfalls mit bei. Übertrieben hat der Unterzeichner nicht im geringsten, worauf ausdrücklich hingewiesen sei.

Sie werden daher erneut gebeten, diesen unerträglichen Zuständen sofort entgegenzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß die Verbrechenopfer ihre Vermögen - und die Familie Knödel ihr Grundvermögen- zurückerhalten und künftig nicht mehr durch Richter und Banker gemeinsam ihrer Vermögen beraubt werden. Falls es denn gewünscht wird, hätte ich keine Probleme, Ihnen oder unseren Abgeordneten Weite und Tiefe des organisierten Verbrechens detailliert in rechtlicher und sachlicher Hinsicht zu erläutern. Und Sie, Herr Wulff, sollten, bevor Sie wieder in Plötzensee mit ordnungsgemäß getragener Mine auftauchen, um der Opfer des NS-Regimes dienstplanmäßig zu "gedenken" und die Widerstandskämpfer als "Ihr Vorbild" oder ähnlich pressewirksam zu propagieren, vorher erst einmal darüber nachdenken, daß unter Ihrer Duldung nach Ex-NS-Recht -§16II des LZO-Gesetzes von 1933- noch immer (heimlich) geraubt wird , und im schlimmsten Falle wieder eindeutig kriminelle Richter und Banker ahnungslose Gerichtsvollzieher und die Sicherheitskräfte zur zwangsweisen Entreichung mit Gewaltanwendung gegen die Vollstreckungsoffer mißbrauchen. Siehe o.a. VO vom 3.12.38. Die gewaltsame Räuberei gestaltet sich derzeit lediglich etwas konzilianter als damals gegenüber unseren jüdischen Nachbarn. Wir werden darüber noch öffentlich zu reden haben, falls Sie nun nicht die Notbremse ziehen. Schauen Sie sich also erstmal die Opfer hier zu Hause an, ehe Sie wieder in die Ferne reisen, um in Berlin zu "gedenken", denn sieh´, das Verbrechen liegt so nah´. .Seien Sie also gelegentlich publikumswirksam "gegen rechts" an der **richtigen** Stelle.

Guten Tag, Herr Ministerpräsident Wulff,


Günter E. Völker